

13. August 2025

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Yuhan Liu, Samuel Mäurer, Maik Sattelmanier, Pascal Schrader & Thomas Simon
Universität Mannheim

TRR 266 Accounting for Transparency
www.accounting-for-transparency.de
www.gbpanel.org

Am 6. Mai 2025 wurde die neue Merz-Regierung vereidigt. 100 Tage nach Amtsantritt zeigen die GBP-Daten, wie stark die erste Regierungsphase von außenpolitischen Spannungen im Zuge des Handelskonflikts mit den USA geprägt war. Nach der Bundestagswahl stiegen zunächst die Konjunkturerwartungen, getragen von der Hoffnung auf wirtschaftspolitische Impulse. Der Handelskonflikt mit den USA stoppte diesen Trend, wenngleich sich die kurzfristigen Wachstumserwartungen mit dem jüngsten Zollabkommen leicht auf 0,6 % erholten. Unternehmen sehen in einer Reform der Einkommensteuer, der Senkung der Stromsteuer und der Digitalisierung der Finanzverwaltung zentrale wirtschaftspolitische Vorhaben der Legislaturperiode. Obwohl die Wirtschaftspolitik heute weniger negativ bewertet wird als vor dem Bruch der Ampelkoalition, bestehen Zweifel an der Umsetzung zentraler Reformvorhaben: Trotz Ankündigung halten es 39 % für unwahrscheinlich, dass in dieser Legislaturperiode mit einer Senkung der Körperschaftsteuer begonnen wird.

Regierungsbildung wurde von Hoffnung auf wirtschaftspolitische Impulse begleitet

Nach der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 hellte sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft spürbar auf. Wie **Abbildung 1** zeigt, stiegen die kurz- und mittelfristigen Wachstumserwartungen der Unternehmen deutlich an und lagen Ende März bei 1,1 % bzw. 3,0 %.

Diese Verbesserung war getragen von der Aussicht auf wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen. Während der Koalitionsverhandlungen konkretisierten sich Pläne wie Steuersenkungen, umfangreiche staatliche Investitionen in Infrastruktur und steuerliche Begünstigungen für unternehmerische Investitionen, was zunächst breiten Optimismus auslöste.

US-Handelskonflikt dämpft Erwartungen noch vor Amtsantritt

Noch vor der Vereidigung der neuen Regierung führten außenpolitische Spannungen im Zuge des Handelskonflikts mit den USA jedoch zu einem deutlichen Rückgang der Wachstumserwartungen. Anfang Mai, kurz nach Amtsantritt, lag die erwartete Wachstumsrate für die kommenden zwölf Monate nur noch bei 0,2 % und für die nächsten fünf Jahre bei 1,7 %.

Der Handelskonflikt bestimmte damit die wirtschaftspolitische Agenda in den ersten 100 Tagen der neuen Regierung. Mit dem jüngsten Zollabkommen sind die kurzfristigen Konjunkturerwartungen wieder leicht gestiegen und liegen derzeit bei 0,6 % für die nächsten 12 Monate.

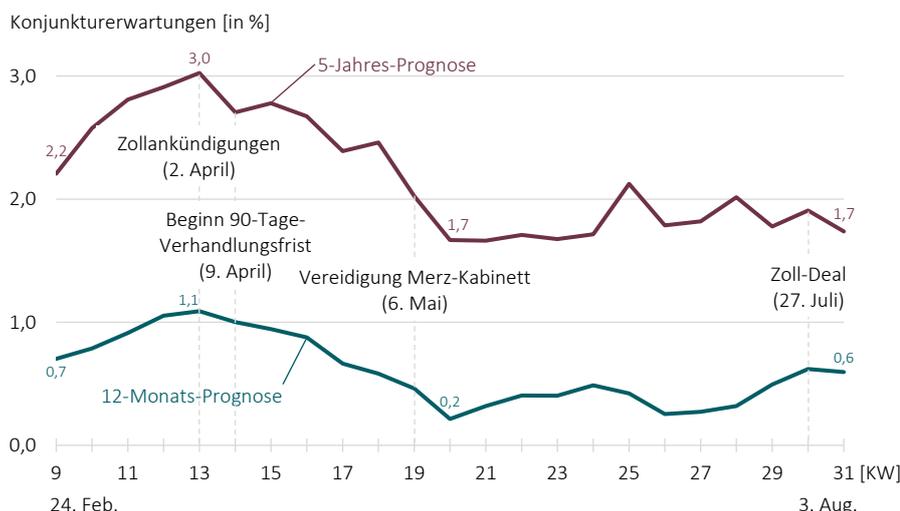


Abbildung 1

Wie haben sich die Wachstumserwartungen seit der Bundestagswahl entwickelt?

Die Darstellung zeigt den Verlauf der konjunkturellen Erwartungen deutscher Unternehmen seit der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025. Dargestellt sind die durchschnittlichen Wachstumserwartungen für die nächsten zwölf Monate (**petrol**) sowie für die nächsten fünf Jahre (**rot**). Die Grafik verdeutlicht, dass die US-Zollankündigungen den unmittelbar nach der Wahl eingesetzten Aufwärtstrend unterbrechen. Mit dem jüngsten Zollabkommen verbessern sich die kurzfristigen Erwartungen wieder leicht.

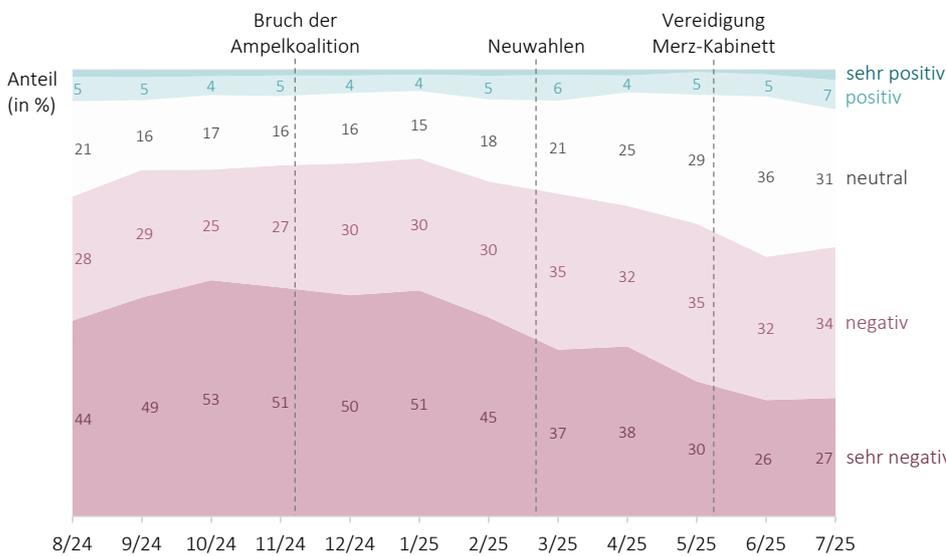


Abbildung 2

Wie wird die deutsche Wirtschaftspolitik im Jahresverlauf bewertet?

Die Abbildung zeigt, wie Unternehmensentscheidende die Wirtschaftspolitik in Deutschland bewerten. In den vergangenen sechs Monaten hat sich der Anteil negativer Bewertungen verringert: Vor dem Bruch der Ampelkoalition im November 2024 lag er bei 78 %, im Juli 2025 bei 61 %. Besonders der Anteil sehr negativer Bewertungen ging von über 50 % auf zuletzt 27 % zurück. Der Anteil positiver Bewertungen bleibt jedoch weiterhin sehr gering.

Abbildung 3

Wie werden der Koalitionsvertrag und seine wirtschaftspolitischen Vorhaben bewertet?

Die Darstellung zeigt links, wie einzelne Wirtschaftszweige den Koalitionsvertrag der Merz-Regierung bewerten. Die Einschätzung erfolgt auf einer Skala von 0 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden). Rechts wird dargestellt, welche wirtschaftspolitischen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag als besonders relevant eingestuft werden, bewertet auf einer Prioritätenskala von 1 (sehr wichtig) bis 9 (weniger wichtig). Die farblich markierten Intervalle kennzeichnen den Bereich, in dem 50 % der Antworten liegen (25. - 75. Perzentil).

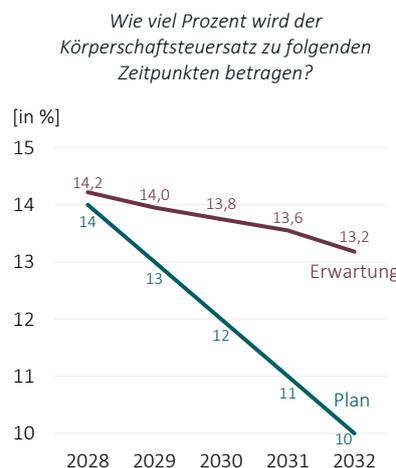
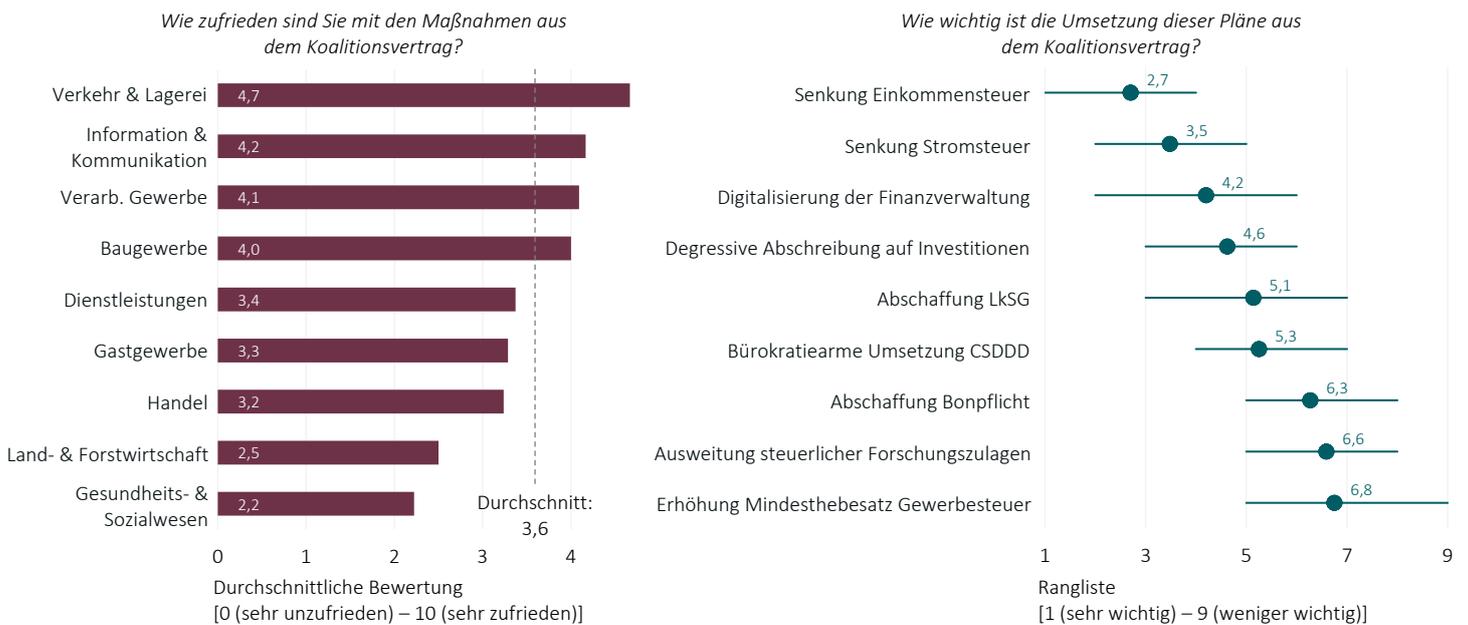


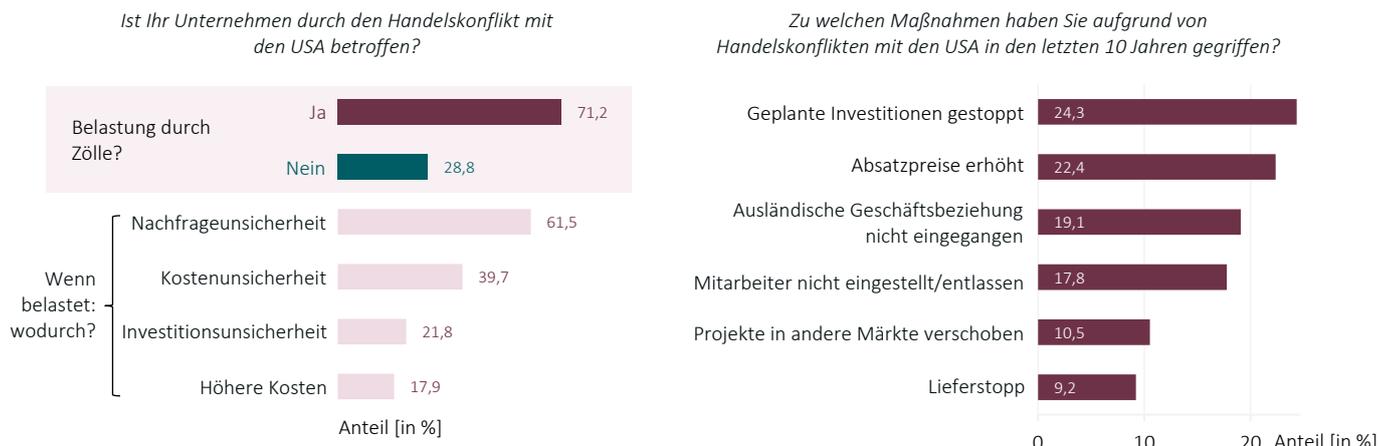
Abbildung 4

Für wie wahrscheinlich halten Unternehmen die geplante Körperschaftsteuerreform?

Die Darstellung zeigt die Erwartungen zur Umsetzung der geplanten Körperschaftsteuerreform. Abgebildet ist, inwiefern Unternehmen davon ausgehen, dass bis zur nächsten Bundestagswahl 2029 mit der Reform begonnen wird und ob diese danach fortgesetzt wird. Zusätzlich wird der durchschnittlich erwartete Körperschaftsteuersatz für die Jahre 2028 bis 2032 gezeigt, der stets über dem geplanten Zielwert liegt.

Wie wirken sich die Handelskonflikte mit den USA auf deutsche Unternehmen aus?

Die Abbildung zeigt den Anteil der Unternehmen, die vom aktuellen Handelskonflikt mit den USA betroffen sind, sowie die Art der Belastung im Fall einer Betroffenheit. Diese Belastungen – insbesondere die durch Unsicherheit entstehenden Planungsrisiken – haben in der Vergangenheit bereits dazu geführt, dass Unternehmen strategische Anpassungen vornahmen, wie daneben aufgeschlüsselt wird.



Im Vergleich zur Ampelkoalition: Wirtschaftspolitik wird weniger negativ bewertet

Während die Wachstumserwartungen in den vergangenen Monaten volatil waren und deutlich auf kurzfristige außenpolitische Einflüsse reagierten, bewerteten Unternehmensentscheidende die Wirtschaftspolitik über mehrere Monate hinweg kontinuierlich positiver. Wie [Abbildung 2](#) zeigt, sank der Anteil negativer Einschätzungen seit dem Bruch der Ampelkoalition im November 2024 von 78 % auf 61 % im Juli 2025. Besonders der Anteil sehr negativer Bewertungen ging dabei von über 50 % auf zuletzt 27 % zurück. Der Anteil an Unternehmen, die sich zufrieden mit der deutschen Wirtschaftspolitik zeigen, liegt mit 9 % jedoch weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau, sodass sich trotz sinkender Unzufriedenheit bislang noch keine breite Zustimmung zur aktuellen Wirtschaftspolitik abzeichnet.

Unternehmen sind mit Koalitionsvertrag nur mäßig zufrieden

Neben der allgemeinen Einschätzung der Wirtschaftspolitik zeigt [Abbildung 3](#), wie Unternehmensentscheidende die wirtschaftspolitischen Inhalte des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung bewerten. Auf einer Skala von 0 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) liegt die durchschnittliche Bewertung bei 3,6 und damit im unteren Bereich der Skala.

Im Branchenvergleich fallen vor allem Wirtschaftszweige mit einer positiveren Bewertung auf, die voraussichtlich in besonderem Maße von den geplanten Infrastrukturinvestitionen des Bundes sowie von Entlastungen für energieintensive Unternehmen profitieren dürften. Dazu zählen Verkehr und Lagerei (4,7), das Verarbeitende Gewerbe (4,1) sowie das Baugewerbe (4,0). Unter dem Durchschnitt liegen hingegen der Dienstleistungssektor (3,4), das Gastgewerbe (3,3) und der Handel (3,2). Besonders kritisch äußern sich die Land- und Forstwirtschaft (2,5) sowie das Gesundheits- und Sozialwesen (2,9).

Einkommensteuerentlastung hat aus Unternehmenssicht höchste Priorität

Welche wirtschaftspolitischen Inhalte des Koalitionsvertrags von der Wirtschaft als besonders relevant eingestuft werden, zeigt [Abbildung 3](#). Unternehmen in Deutschland priorisieren dabei vor allem eine Senkung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen. Im Gegensatz zur Reform der Körperschaftsteuer ist diese Maßnahme im Koalitionsvertrag allerdings lediglich vage für die Mitte der Legislaturperiode angekündigt. Ebenfalls hohe Relevanz haben die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß und eine stärkere Digitalisierung der Finanzverwaltung.

Erst hinter den Plänen zur Reduzierung deutscher Berichtspflichten entlang der Lieferketten (LkSG) und zur bürokratiearmen Umsetzung entsprechender europäischer Richtlinien (CSDDD) folgen die Abschaffung der Bonpflicht und die Ausweitung steuerlicher Forschungszulagen. Am wenigsten Bedeutung messen die Unternehmen einer Erhöhung des Mindesthebesatzes der Gewerbesteuer zur Verhinderung sogenannter Gewerbesteuer-Oasen bei. Bei den letztgenannten Punkten dürfte die geringe Betroffenheit antwortleitend sein.

Unternehmen hegen Zweifel an der Umsetzung zentraler Reformvorhaben

Obwohl der Koalitionsvertrag zentrale Forderungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgreift, bestehen in der Wirtschaft offenbar Zweifel an der tatsächlichen Umsetzung der angekündigten Reformen. Wie [Abbildung 4](#) zeigt, halten 39 % der Unternehmen es trotz Ankündigung für unwahrscheinlich, dass vor der nächsten planmäßigen Bundestagswahl im Jahr 2029 mit der Senkung der Körperschaftsteuer begonnen wird. Dass der Plan zur schrittweisen Reduzierung des Steuersatzes auch nach der nächsten Bundestagswahl weiterverfolgt wird, halten sogar 47 % für unwahrscheinlich.

Statt der vorgesehenen Senkung des Steuersatzes von derzeit 15 % auf 10 % im Jahr 2032 erwarten die Unternehmen im Durchschnitt einen Satz von 13,2 %. Wenn bereits bei der vergleichsweise konkret geplanten Körperschaftsteuerreform Zweifel an der Umsetzung bestehen, dürfte dies umso mehr für die im Koalitionsvertrag nur vage skizzierte Einkommensteuerreform gelten.

Belastungen durch Handelskonflikt schlagen sich in strategischen Entscheidungen nieder

Wie bereits bei den Veränderungen der Wachstumserwartungen aus **Abbildung 1** deutlich wurde, prägte der Handelskonflikt mit den USA die ersten 100 Tage der Merz-Regierung. Wie stark der Einfluss des Handelskonflikts auf die deutsche Wirtschaft ist, stellt zuletzt **Abbildung 5** dar. Sie zeigt, dass sich 71,2 % der Unternehmen in Deutschland von diesem Konflikt betroffen sehen. Die Auswirkungen manifestieren sich dabei jedoch nicht zwangsläufig in direkten Kostensteigerungen. Nur 17,9 % der betroffenen Unternehmen berichten von solchen Effekten. Häufiger äußern sich die Belastungen in Form von Unsicherheit. 61,5 % der belasteten Unternehmen beklagen eine unklare Nachfrageentwicklung, 39,7 % führen unsichere Kostenkalkulationen an und 21,8 % sprechen von Unsicherheiten bei geplanten Investitionen.

Diese Unsicherheit kann sich in konkreten unternehmerischen Entscheidungen niederschlagen. 24,3 % der vom Handelskonflikt betroffenen Unternehmen haben in der Vergangenheit geplante Investitionen gestoppt, 22,4 % ihre Preise erhöht. 19,1 % haben auf den Abschluss einer ausländischen Geschäftsbeziehung verzichtet. Zudem berichten 17,8 %, auf Neueinstellungen verzichtet oder Personal abgebaut zu haben. Inwieweit das beschlossene EU-Zollabkommen mit den USA geeignet ist, solche Reaktionen künftig zu vermeiden oder zumindest abzumildern, wird sich in den kommenden Monaten zeigen.

„Die Unternehmen in Deutschland werden durch Bürokratie und Steuern wesentlich höher belastet als der Wettbewerb im EU-Raum. Aktuell gibt es keine Planungssicherheit in unserem Geschäftsbereich.“

Installateur von Heizungsanlagen, 650k EUR Jahresumsatz

„Die Wirtschaftspolitik orientiert sich in erster Linie an multinationalen Konzernen. Klein- und Mittelständler können es gar nicht schaffen, bei allen Vorgaben auf dem aktuellen Stand zu bleiben. Für den betrieblichen Erfolg ist es mittlerweile wichtiger, zu wissen, welche Förderprogramme wie und wo zu beantragen sind, als das originäre Geschäft zu verstehen.“

Einrichtung der Erwachsenenbildung, 1 Mio. EUR Jahresumsatz

Aktuelle Unternehmenstrends im Überblick



Weitere Kennzahlen finden Sie hier:

1. [Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen](#)
2. [Unternehmerische Entscheidungen](#)
3. [Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche](#)
4. [Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik](#)

Die erwartete Gewinnveränderung sinkt im Vergleich zum Jahresbeginn im zweiten Quartal 2025 um -0,07 Prozentpunkte. Im Mittel liegen die prognostizierten Gewinne im zweiten Quartal damit leicht auf Schrumpfungskurs.

Gleichzeitig sinkt die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit im zweiten Quartal 2025 um -0,80 Prozentpunkte relativ zum Vorquartal. Gerade aufgrund des Zollkonflikts mit den USA bleibt das aktuelle Marktumfeld trotz dieses Rückgangs angespannt.

Zuletzt steigt die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik im ersten Quartal 2025 um +0,52 Punkte. Trotz dieser Steigerung liegt die Einschätzung mit 2,89 Punkten auf einer Skala von null (sehr unzufrieden) bis zehn (sehr zufrieden) damit allerdings weiterhin auf niedrigem Niveau.

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY

German Business Panel

Gefördert durch



Deutsche
Forschungsgemeinschaft